

Verlust der inneren Sicherheit durch Masseneinwanderung

Es ist nicht nur die Identität, die uns genommen werden soll, auf Kosten der inneren Sicherheit wird immer noch eine Asylpolitik betrieben, die so von der Bevölkerungsmehrheit nicht respektiert und getragen wird. Beispiele zeigen immer wieder, wie desolat die Lage bereits geworden ist. In den vergangenen Tagen alleine wurden zwei Vorfälle bekannt, die die Eigendynamik der Situation zeigen, insbesondere aber auch die Gewaltbereitschaft einiger Neubürger. In dem beschaulichen Konstanz feuerte ein Iraker in einer Diskothek mit einem Maschinengewehr um sich. Insgesamt kamen dabei zwei Menschen zu Tode, mehrere Personen wurden schwer verletzt. Nach Angaben der Staatsanwaltschaft ist der schießwütige Täter ein anerkannter Asylbewerber. Woher er die Waffe hatte blieb bislang unklar, angeblich soll es sich aber nicht um einen Terroranschlag handeln. Nur einen Tag vorher stach in Hamburg ein Islamist wahllos Menschen nieder. Auch hier gab es ein Todesopfer und mehrere verletzte Passanten. Schockierend, es handelt sich um einen abgelehnten Asylanten, der wohl aus diesen Gründen Rache nehmen wollte. Der 26-Jährige war als Islamist bekannt und galt als psychisch labil. Die Polizei speicherte ihn zwar als Verdachtsfall unter 800 anderen Islamisten in Hamburg ab, aber nicht ein. Er befand sich noch in Deutschland und konnte sich frei bewegen.

Fast reflexartig erfolgten die bekannten Entschuldigungsversuche von Spitzenvertretern der Verursacherparteien. Die Schuld lag wie immer bei den anderen, die eine Abschiebung erschweren würden, die unsichere Identität ist allen ja bekannt. Nicht ohne Grund haben wir Republikaner jederzeit eine Verteilung von Asylanten auf die Kommunen abgelehnt, bei denen die Herkunft unsicher ist oder ein Bleiberecht unwahrscheinlich.

Deshalb ist nach wie vor die Errichtung von zentralen und grenznahen Aufnahmeeinrichtungen notwendig, damit nicht Kriminelle, Gefährder und IS-Soldaten ungehindert ihren eigentlichen Zielen nachgehen können. Die Sicherheit unserer Bürgerinnen und Bürger wird nicht nur riskiert, sondern dem Zuwanderungs-Wahnsinn geopfert. Die steigende Zahl der Taten belegt, dass kein Ort in unserem Land mehr wirklich sicher ist. Wer derartig verantwortungslos gegenüber der eigenen Bevölkerung regiert, dem muss die politische Verantwortung entzogen werden. Was muss geschehen, damit die Mehrheit der Wähler diesem Treiben schließlich ein Ende setzt? Verantwortlich dafür sind Stimmen für die „angeblichen“ Oppositionsparteien von Linken oder Grünen. Auch die Stimmabgabe für Modeparteien wird keine Veränderung bringen, besonders nicht, wenn sie sich in Teilen bereits zu Koalitionspartnern der CDU generieren. Wichtig ist eine bewährte konservative Partei, die in ihren Prognosen und Befürchtungen Recht hatte und vor dieser Entwicklung gewarnt hatte. Veränderung kann deshalb nur erfolgen, wenn jene stärker unterstützt werden, die keine Angst vor der eigenen Meinung haben. Heute mehr denn je braucht unsere Heimat echte Republikaner, denn es gilt zu bewahren, was die Altparteien momentan zerstören wollen

Ausrüstung der Bundeswehr ist in weiten Teilen unzureichend

Die Bundeswehr ist eine gute Truppe, die nicht nur unser Land mit schlechtem Material verteidigen muss oder könnte, sondern auch Auslandseinsätze durchführt. Dabei ist die Ausstattung teilweise so mangelhaft, dass mancher Einsatz durch die Benutzung derselbigen noch riskanter wird. Betroffen sind alle Waffengattungen und damit auch die der Luftwaffe. Was geschehen kann, musste jetzt die Truppe in Mali erleben, weil ein Tiger Hubschrauber dort abstützte. Beide Piloten starben an der Absturzstelle. Damit sind die Ausrüstungsprobleme, mit denen die Bundeswehr immer noch zusätzlich zu kämpfen hat, allgegenwärtig. Ende Mai erst waren Startschwierigkeiten des Tigers größtenteils behoben worden.

2014 legten Inspektoren der Luftwaffe, des Heers und der Marine einen ernüchternden Bericht ab. Sie schrieben von "kreativer Mängelverwaltung". Die technischen Mängel betrafen vor allem den Tiger und den Transporthubschrauber NH90. Die Luftwaffe hatte aber noch mehr erhebliche technische Ausfälle in der Flotte. Verteidigungsministerin Ursula von der Leyen nannte den Zustand damals eine Umbruchphase und bezeichnete die Truppe als hoch leistungsfähig. Wie misslungen der Umbruch ist, zeigt sich an dem abgestürzten Hubschrauber in Mali. Zum Beispiel wurde keine Starterlaubnis erteilt, wenn die Temperatur über 43,26 Grad lag, denn für Schäden bei höheren Temperaturen wollte Airbus keine Haftung übernehmen. Seit dem 1sten Mai gilt aber für Mali eine Ausnahmeregelung. Jetzt liegt die Betriebsgrenze bei 48,26 Grad. Die vom Pressesprecher der Bundeswehr bezweifelte Einsatzfähigkeit wurde damit beseitigt. So einfach können Probleme bei der Bundeswehr behoben werden.

Technische Probleme und fehlende Ausrüstung bringen Soldaten zusätzlich immer wieder in Gefahr. Als Ende Mai 85 Soldaten zurück in die Heimat sollten, wurden sie mit gepanzerten Bussen zum Flughafen gebracht. Die Busse hatte die Bundeswehr bei einem malischen Busunternehmen inklusive Fahrer gechartert. Eigene Fahrzeuge oder Fahrzeuge der Vereinten Nationen standen nicht zur Verfügung, obwohl Soldaten in Krisengebieten beliebte Anschlagziele sind. Am Flughafen angekommen, bestiegen die Soldaten einen Airbus A310, die Maschine der Luftwaffe stieg nicht, sondern flog Schleifen, auf Grund technischer Störungen am Fahrwerk. Es ließ sich nicht vollständig einfahren. Später gelang es dennoch und eine Landung wurde möglich. Ein Techniker aus Köln wurde eingeflogen, er sollte die Maschine überprüfen. Ein Ersatzflugzeug von der Bundeswehr selbst gab es nicht.

Kurz vor den Wahlen wird wieder eine bessere Ausstattung der Bundeswehr versprochen und darüber schwadroniert. Wieviel dann wirklich umgesetzt wird ist eine andere Sache.

KURZ UND BÜNDIG

REP STARTEN IN NIEDERSACHSEN NEU DURCH

Der Landesverband der Republikaner in Niedersachsen startet neu durch. Auf dem Landesparteitag am 29.07.17 wurde ein neuer Vorstand gewählt. Der Verband wird nunmehr von Herrn Fintelmann geleitet. Dabei setzt sich der Vorstand aus älteren und neuen Mitgliedern zusammen, die bereits in den vergangenen Monaten für unsere Partei regelmäßig geworben haben. Ziel ist die Schaffung einer starken sozialpatriotischen Kraft in Niedersachsen.

STRUKTURAUSBAU IM RUHRGEBIET

Nach Kleve und Detmold finden nun im Ruhrgebiet weitere Aufbau-Aktivitäten statt. Bereits jetzt verfügt der Landesverband über mehrere Kreisverbände im Herzen unseres größten Bundeslandes. Es sollen noch mehrere hinzukommen, weshalb Verteilungen in Gelsenkirchen vorgenommen werden, um endlich wieder einen starken und eigenständigen Verband zu entwickeln. So wird in den kommenden Monaten auch wieder ein regelmäßiger Informationsabend durchgeführt und mit Werbeständen für die Ziele unserer Partei geworben. Gestartet wird mit der Durchführung des Ruhr-Stammtisches, zudem wir interessierte Bürgerinnen und Bürger herzlich einladen.

FAST JEDER FÜNFTE HAT IN DEUTSCHLAND MIGRATIONS HinterGRUND

Die Zuwanderung verändert Deutschland. 18,6 Millionen Menschen haben bereits einen Migrationshintergrund. Statistische Bundesamt in Wiesbaden veröffentlichte nun die aktuell vorliegenden Zahlen. Das sind achteinhalb Prozent mehr als noch 2015. Rund 8,9 Millionen Ausländer leben demnach in unserem Land. 2,3 Millionen Menschen stammen ursprünglich aus dem Nahen und Mittleren Osten. Das sind fast 51 Prozent mehr als fünf Jahre zuvor. Die Zahl der Afrikaner wuchs im um 46 Prozent auf etwa 740 000 Menschen. Deutliche Unterschiede gibt es beispielsweise beim Bildungsstand: Menschen mit ausländischen Wurzeln im Alter von 25 bis 34 Jahren haben häufiger keinen Schul- oder Berufsabschluss als Gleichaltrige.

MULTI-KULTI IN DEUTSCHEN GEFÄNGNISSEN

Die Gefängnisse in Baden-Württemberg platzen weiter aus allen Nähten. Die Zahl der Gefangenen steigt erneut, insbesondere mit ausländischen Insassen, deren Zunahme bei 10 Prozent liegt. Der Ausländeranteil stieg damit insgesamt von 44,6 auf 46 Prozent weiter an. Bundesweit liegt nur noch Berlin quotentechnisch vor Baden-Württemberg, dort liegt der Anteil ausländischer Insassen bei satten 47,3 Prozent.

Bedienstete sollen nun mit dieser Bereicherung richtig umgehen lernen, weshalb 151 neue Bedienstete eingestellt werden, die über zusätzliche Sprachkenntnisse verfügen, insbesondere Arabisch und Türkisch sind als Fremdsprachen sehr erwünscht. Deutsch bleibt hoffentlich Amtssprache.

HEIMAT GESTALTEN - REPUBLIKANER WERDEN

Werden Sie Mitglied und Unterstützer unserer Partei. Unser Land hat bereits zu viele Zuschauer, aber besonders heute ist es wichtiger denn je, dass mehr Menschen ihren Anteil zu zwingend notwendigen Veränderungen leisten.

Jeder kann sich einbringen, entweder als aktives Mitglied oder als passiver Unterstützer. Werden Sie Republikaner und Teil einer Oppositionskraft, die sich primär für die Interessen unserer Bevölkerung und für den Erhalt unserer Identität und Kultur einsetzt. Wir stehen fest auf dem Boden der Verfassung, lassen uns aber von denen, die uns in Grund und Boden regieren, keinen Maulkorb verpassen. Jetzt ist Ihre Chance sich zu beteiligen. Nutzen Sie diese, bevor unsere Heimat noch mehr Schaden nimmt. **Einen Aufnahmeantrag finden Sie auf Seite 4 oder <http://www.rep.de/mitglied-werden>**



Unterstützen Sie uns mit einer Spende

Spendenkonto: DIE REPUBLIKANER (REP) Postbank Dortmund,
IBAN:DE6044 0100 4603 8745 0460 BIC: PBNKDEFFXXX

Kontaktabschnitt:

Tel.: 0211 – 995 487 94 oder kontakt@rep.de

Informieren Sie sich über unsere Arbeit

- Ich möchte mehr über die Partei erfahren.
- Bitte laden Sie mich zu einer Veranstaltung ein.
- Ich möchte Mitglied werden.

VERANSTALTUNGEN

- **Heidelberg:** einmal im Monat. Informationen unter heidelberg@rep.de oder 0157/30663871.
- **Karlsruhe Land:** Regelmäßige politischer Stammtische. Zudem findet am **26.08.17** das Sommerfest des Kreisverbandes statt, 16.00 Uhr, in Oberhausen-Rheinhausen (Karlsruhe Land). Weitere Informationen unter 07254-72375.
- **München:** Stammtisch mit Infoveranstaltung jeden zweiten Dienstag im Monat ab 19 Uhr im Gasthof Zum Goldenen Roß, Rosenheimer Str. 189, 81671 München. Näheres unter 089/2158367.
- **Erding:** Stammtisch jeden dritten Freitag im Monat ab 19.30 Uhr beim Lindenwirt in Erding/Bergham (Nähe S-Bahn-Station Aufhausen). Regelmäßige Infostände in Erding, Dorfen und Taufkirchen; Info unter Tel. 08083/8717.
- **Nürnberger Land:** Stammtisch jeden vierten Samstag im Monat ab 19.30 Uhr, Gaststätte „Zum Goldenen Stern“, Nürnberger Str. 7, 91224 Pommelsbrunn. Info unter 01522-2624313.
- **Kissing:** Jeden ersten Montag im Monat (außer August) findet ein politischer Stammtisch statt. Beginn 19.30 Uhr, Gaststätte Relax't, Peterhofstr.15, 8438 Kissing.
- **Forchheim:** In Forchheim führen die Republikaner einen monatlichen Stammtisch durch. Interessenten mögen sich bitte bei dem Bezirksvorsitzenden und REP-Kreisrat Herrn Noffke melden: 09191/31880.
- **Frankfurt am Main:** Politischer Stammtisch am ersten Dienstag im Monat. Info: 069/522500.
- **Kassel:** Tel. 0661/603746, vierwöchentliches Informationstreffen.
- **Düsseldorf:** Monatlicher Informationsabend des REP-Kreisverbandes: duesseldorf@rep.de oder Tel./Fax 0211-6022383. Zudem findet am 3.10 wieder das jährliche Sommerfest statt.
- **Köln:** Monatliche Informationsveranstaltungen; Einladung schriftlich über den Kreisverband: koeln@rep.de.
- **Aachen:** Politischer Informationsabend jeden ersten Freitag im Monat um 18 Uhr. Näheres unter nrw@rep.de.
- **Wuppertal:** Monatlicher Stammtisch, Einladungen erfolgen schriftlich. Kontakt unter: wuppertal@rep.de.
- **Berchtesgaden:** Informationsveranstaltung, mit REP-Kreisrat Schöne, am **02.08.17**, um **20.00 Uhr**, Gasthof Neuhaus.
- **Bochum:** Monatlicher Informationsabend / Ruhrstammtisch. Kontakt unter: bochum@rep.de.
- **Essen:** Monatlicher Informationsabend der Republikaner in Essen. Kontakt über: nrw@rep.de
- **Dortmund:** Monatlicher Informationsabend: Kontakt unter dortmund@rep.de.
- **Ostwestfalen-Lippe:** Jeden ersten Montag im Monat, um 20.00 Uhr, in Herford. Informationen unter nrw@rep.de.
- **Mettmann:** Am 21. Juni 2017 führen die Republikaner eine Informationsveranstaltung durch. Beginn: 19.00 Uhr. Infos unter: nrw@rep.de
- **Kreis Kleve:** Monatliche Informationsveranstaltungen des REP-Kreisverbandes Kleve, jeden zweiten Freitag im Monat. Interessierte Bürger können sich per E-Mail eine Einladung über den Landesverband senden lassen: kleve@rep.de
- **Vogtland:** Die Republikaner im Vogtland führen jeweils eine monatliche Informationsveranstaltung durch. Infos unter: sachsen@rep.de

BITTE ÄNDERUNGEN ODER WEITERE VERANSTALTUNGEN DER BUNDESGESCHÄFTSSTELLE MITTEILEN

Antrag auf Mitgliedschaft

Sie können diesen Antrag in Acrobat ausfüllen und dann ausdrucken oder ausdrucken und dann per Hand ausfüllen (bitte in Blockschrift). Den ausgefüllten Antrag senden Sie bitte per Post an folgende Adresse:

DIE REPUBLIKANER (REP)
Bundesverband
Postfach 870210
13162 Berlin



Ich bin dabei!

Ich bekenne mich zu den Grundsätzen der Republikaner und ihrer Satzung. Ich sehe in der Verteidigung des freiheitlich demokratischen Rechtsstaates gegen innere und äußere Feinde eine der wichtigsten politischen Aufgaben. Das unterstreiche ich durch folgende Erklärung: Ich werde mich stets für folgende Verfassungsgrundsätze besonders einsetzen und sie verteidigen. 1) Das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier und geheimer Wahl zu wählen; 2) Die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetzgebung und Recht; 3) Das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition; 4) Die Ablösbarkeit der Regierung und ihrer Verantwortung gegenüber der Volksvertretung; 5) Die Unabhängigkeit der Gerichte; 6) Der Ausschluß jeder Gewalt- und Willkürherrschaft; 7) Die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte.

E-Mail: bund@rep.de

Titel, Vorname, Nachname _____

Straße, Hausnummer _____

Postleitzahl _____ Wohnort _____

Telefon _____ Telefax _____

E-Post _____

Konfession / Beruf / Tätigkeit _____ Geburtsdatum _____

Frühere Parteimitgliedschaft in ... /von > bis; Mitgliedschaft in Gewerkschaften/anderen Vereinen _____

Datum / Unterschrift _____

Bitte senden Sie mir die Parteizeitung per Post
 Ich möchte den Infobrief der REPUBLIKANER per E-Post beziehen

Betrag (€ pro Monat) _____ Zahlungsart Überweisung Lastschrift Zahlungsrhythmus jährlich halbjährlich

Beitrag mind. 10,00 € monatlich, bzw. 5 € für Rentner, Azubis, Arbeitslose, Studenten, Personen mit geringem Einkommen. Die Aufnahmegebühr beträgt 10 €.

Erteilung eines SEPA-Lastschriftmandates

Hiermit ermächtige ich die Republikaner, vertreten durch den empfangsberechtigten Landesverband, widerruflich von unten genanntem Girokonto, die von mir zu entrichtenden Beiträge im Lastschriftverfahren (Bankabbuchung) einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die von den Republikanern eingezogenen Lastschriften einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von 8 Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit dem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Vor dem ersten Einzug einer SEPA-Basis-Lastschrift werden mich Die Republikaner über den Einzug in dieser Verfahrensart unterrichten.

Kreditinstitut _____ BIC/Swift-Code _____

IBAN _____

Datum / Unterschrift _____

Aufnahmeantrag angenommen				Interne Bearbeitung
Kreisverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bezirksverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Landesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Bundesverband <hr/> Ja <input type="checkbox"/> Nein <input type="checkbox"/> <hr/> Unterschrift	Datum EG EDV Ausw. Mitgl.nr.